

Staatsminister a. D. Josef Miller anlässlich der Jahreshauptversammlung des CSU-Ortsverbandes am 02. Mai 2017 in Woringen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Annkathrin Willer,
sehr geehrte ehemalige Vorsitzende:

Thomas Karrer, Gotthard Zettler, Herbert Rabus, Annegret Honold, Samuel Glatz, Hermann Stuber, sehr geehrte Vorstandsmitglieder jetzt und früher, liebe CSU-Mitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Demokratie ist ein hohes Gut. Sie setzt voraus,
dass die Menschen mitmachen
und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Winston Churchill: „Um die Welt zu ruinieren genügt es, wenn jeder nur seine Pflicht tut!“

Es stimmt, dass die Politik Verantwortung für jeden Menschen trägt, das heißt aber auch im Umkehrschluss, dass jeder einzelne Mensch Verantwortung für die Politik trägt.

Woringen – ein vorbildlicher Ortsverband

Deshalb herzlichen Dank an alle Vorstände, Vorstandsmitglieder und Parteimitglieder. Ich verfolge die Entwicklung des CSU-Ortsverbandes aus der Zeit, in der Samuel Glatz Ortsvorsitzender war. Der CSU-Ortsverband Woringen ist mit seinen unterschiedlichen und vielfältigen Veranstaltungen zum Vorbild in unserem Kreisverband und weit darüber hinaus geworden. Die Ortsverbände können von den Woringern eine Scheibe im wahrsten Sinne des Wortes abschneiden. Das gilt auch für die rechtzeitigen Vorstandswechsel, für das Einbinden und Tragen von Verantwortung durch immer wieder Jüngere.

Ihr habt den Stabwechsel vom bisherigen Vorsitzenden Thomas Karrer an Annkathrin Willer als neue Vorsitzende wieder gut hinbekommen. Ihr zeigt: Es geht doch, junge Menschen zu finden. Ihr habt das heute Abend deutlich unter Beweis gestellt. Dank Dir, lieber Thomas, und den heute ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern. Herzlichen Dank. Gratulation der neuen Vorsitzenden Annkathrin Willer. Viel Erfolg und alles erdenklich Gute. Der neuen Vorstandschaft Freude bei der Arbeit und neue Mitglieder. Herzliche Grüße, Dank und Glückwunsch auch von meinem Nachfolger Klaus Holetschek, der mit dem Landtag auf einem Auswärtstermin in Prag ist und von Franz Pschierer.

Das gemeinsame Europa vor großen Herausforderungen

Der Brexit ist schmerzlich. Nachdem es immer vorwärts gegangen ist, geht es jetzt auf einmal ein Stück rückwärts. Zudem gibt es nahezu in jedem europäischen Land inzwischen Parteien, die den Austritt aus der EU fordern. Erfreulich ist aber, dass in Holland und in Frankreich die ewig Gestrigen nicht das Ruder in der EU übernehmen werden. Es gibt auch bei uns keinen Grund AfD zu wählen. Es muss jeder wissen, wer die AfD wählt weil er den etablierten Parteien einen Denkkettel verpassen will, dass er damit genau das erreicht, was er absolut nicht möchte, nämlich eine Koalition der ROTEN, LINKEN und GRÜNEN.

Die Verhandlungen mit Großbritannien werden nicht einfach. Auf der einen Seite darf der Austritt von Großbritannien auf Kosten der EU sich nicht für die Briten lohnen, sonst gibt es Nachahmer und Nachfolger. Das wäre ganz schlecht für die Europäische Union. Auf der anderen Seite schadet ein großer Einbruch in den Handelsbeziehungen nicht nur England, sondern auch uns selbst.

Sie haben den Zusammenhang mit dem Brexit im Fernsehen den französischen Kommissar Michel Barnier gesehen.

Michel Barnier ist einmal von Paris zu mir nach München geflogen um mit mir zu reden. Er war damals Französischer Landwirtschaftsminister und ich in Bayern Landwirtschaftsminister. Anruf des Französischen Botschafter – Barnier kommt zu mir privat - nach Memmingen oder München? Nach München, Besprechungsraum hätte der Botschafter schon bestellt: Hotel Bayerischer Hof. Seine Botschaft an mich war, er kann die Milchkontingentierung, die wir ursprünglich gemeinsam fortführen wollten, nicht mehr halten. Er wollte mir das privat sagen und meine Meinung dazu kennen lernen. Mir war ab dem Moment sofort klar, wenn Frankreich und Deutschland keine gemeinsame Linie mehr haben, wird es auch bei uns viele Stimmen geben, gegen die Fortführung der Kontingentierung. Dann wird es nicht mehr zu halten sein. So kam es dann auch. Barnier ist ein äußerst versierter Politiker. Er hat nicht nur Wissen, sondern auch Gespür für das, was er tut.

Nach der Wahl in Frankreich am kommenden Sonntag, die Macron gewinnen wird, fällt im Herbst bei uns die Wahl des Bundestages an.

Deutschland vor der Wahl im September

Schulz darf nicht Kanzler werden, das wäre katastrophal für Deutschland und die EU, denn Sozialisten kann man unser Geld nicht anvertrauen. Das hat schon Franz Josef Strauß gesagt: „Leichter legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als die Sozis einen Geldvorrat!“

Schuldenpolitik führt in die Sackgasse

Einer der größten Fehler in der Nachkriegspolitik war, dass der damalige Bundeskanzler Schröder mit dem Französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac sich über die europäischen Stabilitätskriterien hinweggesetzt und diese einfach nicht eingehalten haben. Die Südländer, insbesondere Griechenland, haben das sofort nach gemacht und über Gebühr Kredite im Ausland genommen. Dies hat zur heftigsten bisherigen Krise in der Europäischen Union geführt.

Auch wir waren damals 2008 sehr betroffen. Einmalig in der Geschichte war, dass auch bei uns das Wachstum in einem Jahr um 5 % zurückgegangen ist, Kurzarbeit und Einkommensrückgänge, Bankensterben und Rettungsschirme in europäischen Ländern haben die Katastrophe verhindert.

Schulz war dabei, als unsere Sozialdemokraten zu Hollande nach Paris geflogen sind und sich mit ihm verbündet haben, als es um die Einführung von Eurobonds der Vergemeinschaftung der Schulden ging. Einzig und allein Angela Merkel hat das verhindert. Hier stand immer eng Großbritannien an unserer Seite. Die werden uns in dieser Hinsicht fehlen. Niemand auf dieser Welt kann jeden Tag neue Schulden machen.

Aber solche gibt es auch bei uns. Hannelore Kraft, die demnächst zur Wahl steht und womöglich diese Wahl auch noch gewinnt, nimmt auch im Jahr 2017, nach Jahren höchster Steuereinkommen, weitere Schulden, nämlich 1,6 Milliarden Euro auf. Alle anderen Bundesländer kommen insgesamt auf 1,17 Milliarden Neuverschuldung in diesem Jahr. NRW nimmt also mehr Schulden auf, als alle anderen Bundesländer zusammen.

Eine Studie kommt zu dem Ergebnis: die wirtschaftliche Dynamik fehlt in NRW, zu hohe Personalausgaben und Transferleistungen erschweren sinnvolle Innovationen in die Zukunft. Zehntausende junge Menschen verlassen jedes Jahr aufgrund der geringen Zukunftsaussichten dieses einstmalig starke Bundesland.

Bayern hat aktuell 20 Milliarden Schulden. Wir nehmen seit 12 Jahren keine neuen Schulden auf, sondern zahlen zurück und wollen wieder schuldenfrei werden. Hannelore Kraft hat in Nordrhein-Westfalen nicht 20 Milliarden Schulden, sondern 200 Milliarden. Sie hat ein großes Interesse daran, dass die Zinsen niedrig sind, weil die Zinsbelastung sonst in ihrem Haushalt einen hohen Betrag verschlingen würden.

Sie sehen, Schuldnerstaaten gibt es nicht nur im Süden Europas, sondern auch in unserem Land.

Umsteuerung in der Geldpolitik auf EU-Ebene

Auf Dauer darf die Finanzierung der Staatshaushalte in den Krisenländern Europas nicht zu Lasten der Ersparnisse und unserer Renten gehen, insbesondere dann, wenn die Inflationsrate wieder zunimmt. Dann müssen auch die Zinssätze wieder steigen, weil sonst das angesparte Geld weniger, ja verzehrt würde. Die Schwach-Währungsländer dürfen sich auch nicht an die niedrigen Zinssätze gewöhnen, sondern müssen an marktübliche Zinssätze herangeführt werden.

Rentensituation

Die Jahre von 2014 bis 2016 waren gute Jahre für die Rente. Der Bruttoanstieg betrug – auf drei Jahre bezogen – 8 % und die Inflation zusammengezählt im gleichen Zeitraum 1,7 %. Heuer steigen die Renten um 1,9 %. Die Inflationstendenz geht Richtung 1,5 %. Zwischenzeitlich ist sie wieder etwas zurückgegangen.

Für die Rente muss gelten: „Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein!“. Betroffen sind besonders Menschen, die alleine leben, insbesondere alleinerziehende Menschen über 65 Jahre.

Das Hauptproblem im aktuellen Rentensystem ist nämlich, dass vor allem Geringverdiener und Mütter, die oft nur wenige Jahre eine Beschäftigungsverhältnis hatten und einfach nicht genug in die Rentenkasse einzahlen konnten. Dass nun ausgerechnet diejenigen betroffen sind, die Kinder geboren und erzogen haben, die heute Beiträge in die Rentenkasse einbezahlen, muss schnellstens korrigiert werden. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und der Wertschätzung unserer Mütter.

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Deshalb soll unabhängig davon, ob die Kinder vor oder nach 1992 geboren wurden, künftig für alle Mütter drei Jahre Kindererziehungszeiten pro Kind angerechnet werden. Das hat die CSU gefordert und durchgesetzt bzw. wird es durchsetzen.

Betreuungsgeld

Im Gegensatz zu SPD und GRÜNE schreiben wir den Eltern nicht vor, dass sie ihre Kleinsten in den Kindergarten schicken müssen, wohin sie gerne den Kleinen ihre Zeit schenken wollen. Deshalb führen wir das Betreuungsgeld mit Landesmitteln weiter, nachdem ein Gericht nicht den Sinn des Betreuungsgeldes sondern die Zuständigkeit des Bundes bzw. Landes infrage stellte. Wir unterstützen die Eltern pro Kind mit 150 Euro monatlich für die ersten 22 Lebensmonate bei der Erziehung ihrer kleinen Kinder. Ich könnte mir dabei eine höhere Summe vorstellen. Der Doppelbetrag wäre sicher auch noch gerechtfertigt. Wir respektieren damit den Elternwillen und überlassen es der freien Wahl der Eltern, ob sie einen Krippenplatz möchten oder eine andere Art der Betreuung vorziehen bzw. ob die Mutter sich ganz dem Kind widmet. Hinzu kommt, dass Bayerns Kommunen bundesweit die besten Förderkonditionen für die Kinderbetreuung haben. Alleine 2015 hat der Freistaat rd. 1,4 Milliarden Euro für die Betriebskostenförderung ausgegeben und beträgt damit mehr als 50 % der Grundkosten der Kinderbetreuung. Im Vergleich dazu ist Nordrhein-Westfalen bundesweites Schlusslicht bei der Betreuungsquote von unter dreijährigen Kindern.

Innere Sicherheit

In der letzten Woche hat Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière eine bundesweite Kriminalstatistik veröffentlicht. In Bayern hatten wir im Jahre 2016 die mit Abstand niedrigste Kriminalitätsbelastung und die bundesweit höchste Aufklärungsquote. In Bayern leben heißt auch sicherer zu leben. Bayern hatte 2016, bereinigt um die rein ausländerrechtlichen Verstöße wie eine illegale Einreise, eine Kriminalitätsbelastung von 4.785 Straftaten pro 100.000 Einwohner. Der bundesweite Durchschnitt lag mit 7.161 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Verstöße) um 50 % höher. Die Aufklärungsquote betrug in Bayern 63,7 %, bundesweit lag sie bei lediglich 54 %. In Nordrhein-Westfalen waren es sogar nur 49,9 % aufgeklärte Straftaten.

Die erfolgreiche Sicherheitspolitik Bayerns zeigt sich beispielsweise auch bei der Entwicklung der Einbruchkriminalität. Auch hier haben Bayern bundesweit die besten Eckwerte vorzuweisen. Das Einbruchrisiko war in Bayern 2016 mit 58,2 Einbrüchen pro 100.000 Einwohner wie in den Vorjahren, deutschlandweit gesehen, am niedrigsten. In Nordrhein-Westfalen liegt das Einbruchrisiko mehr als fünfmal höher. Ich habe hierzu einige Datenblätter ausgelegt.

Wir geben uns damit aber nicht zufrieden. Von 2017 bis 2020 sind weitere 2.000 Stellen für die bayerische Polizei vorgesehen. Schon jetzt haben wir in Bayern mit 42.000 Stellen den bislang höchsten Personalstand erreicht. Der Staat hat die Verpflichtung, die Bürger vor Kriminellen zu schützen. Deshalb setzen wir alles daran, die Sicherheitslage weiter zu verbessern durch eine optimale Ausstattung unserer Polizei mit Personal und Technik und durch schärfere Gesetze.

Ich erinnere mich heute noch gut daran, was das für ein Zirkus war, Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen und U-Bahnen anzubringen. Vor allem die FDP hat wie wild getan, weil sie die Freiheit der Menschen eingeschränkt sah. Wir schränken nicht die Freiheit der Menschen ein, sondern die Möglichkeit, dass Kriminelle ungesehen sich an den Mitmenschen vergehen. Das gleiche gilt für die Schleierfahndung nach Wegfall der Personenkontrollen an den Bundesgrenzen.

Maut

Die CSU hat als einzige Partei sich des Mautthemas angenommen. Es ist doch niemandem, aber wirklich gar niemandem zu erklären, warum die deutschen Autofahrer in nahezu allen europäischen Ländern für die Benutzung der Autobahnen Maut bezahlen. Die Autofahrer aus allen anderen europäischen Ländern aber nichts bezahlen müssen, wenn sie deutsche Autobahnen benutzen – zumal Deutschland im Herzen Europas Durchfahrtsland Nr. 1 ist.

Die Rechtslage für die Maut ist eindeutig. Alle Autofahrer, auch die deutschen, bezahlen für die Vignette. Die Besteuerung der Autofahrt kann jedes Land individuell lösen. Das Steuerrecht ist nicht harmonisiert. Die Italiener zahlen wesentlich mehr Mineralölsteuer als wir z. B.. Es war schäbig, dass die SPD im Bundesrat in einer letzten Minute mit einer weiteren Gegenstimme von Brandenburg eine Mehrheit gegen die Maut organisiert hat und Seehofer den LINKEN von Thürigen, Ramelow, gewinnen musste, um die Maut zu retten. Dafür soll dieser die Zusage für den Bau der Elektrifizierung einer Bahnlinie bekommen und Seehofer mit der Rücknahme des Länderfinanzausgleiches gedroht haben.

Ich habe den Eindruck, der SPD ging es in diesem Falle nicht um deutsche Interessen, sondern auf Kosten des Bundeshaushaltes der CSU zu schaden. Und wenn die Maut nur 50 Mio. Euro bringt, wären dies in den letzten 10 Jahren 500 Mio. gewesen, die man für den Ausbau der Autobahn hätte stecken können.

Seehofer und Asylpolitik

Wer jetzt noch zweifelt, dass Seehofer und die CSU die richtigen Entscheidungen getroffen haben und ihre Versprechungen eingelöst haben, braucht nur auf die Asylpolitik schauen. Seehofer ist wie ein Turm in der Brandung gestanden. Er hat den Kopf hingehalten. Niemand anders als Seehofer und die CSU. Alle anderen haben sich korrigieren müssen vom früheren Bundespräsidenten, der gemeint hat, man hätte das mit den Flüchtlingen 1945 auch geschafft, bis hin zur Bundeskanzlerin. Das war für Seehofer sicher nicht einfach, aber er hat es durchgestanden.

Wir können bei uns nicht alle Menschen dieser Welt aufnehmen, denen es schlechter geht als bei uns. Ein großer Fehler war, dass man Einwanderungspolitik mit Asylpolitik in einen Topf geworfen hat und jeder etwas anderes darunter verstanden hat. Zwei Dinge sind es, die meiner Meinung nach gelöst werden müssen:

1. es kann nicht angehen, dass die Schleuser die Flüchtlinge auf Gummibooten ins Meer schicken und wenn sie auf offener See sind die Hilfsschiffe alarmieren, damit sie die Flüchtlinge übernehmen. Das könnte diesen Sommer zu einem großen Problem werden. Wer nach Deutschland kommt, bestimmen die Schleuser. Das darf auf Dauer so nicht gehen.

Asyl muss der bekommen, der verfolgt ist, der bedroht ist. Er muss Unterkunft und Verpflegung so lange bekommen, bis die Gefahr wieder vorbei ist. Dann müssen diese Leute zum Aufbau ihres Landes wieder in ihre Heimat zurück. Wer soll denn sonst die Aufbauarbeiten leisten? Die alten Menschen, die zurückgeblieben sind, können das nicht.

2. Das afrikanische Problem des enormen Geburtenanstieges kann nicht in Europa, sondern muss in Afrika selbst gelöst werden. Ich habe mir schon einmal sehr die Finger verbrannt als ich einen Brief an Papst Paul II. von 34 Abgeordneten des Bayerischen Landtages mit unterzeichnet habe, in dem wir uns gegen Abtreibung und für die Geburtenkontrolle eingesetzt haben.

Der Blick auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in diesem Kontinent zeigt: Während im Jahre 1950 gerade einmal 230 Millionen Menschen in Afrika lebten, sind es heute bereits 1,1 Milliarden Menschen und bis 2050 werden es laut aller Prognosen runde 2 Milliarden sein.

Diese riesigen Zahlen zeigen auch, dass sich die Probleme Afrikas nicht durch eine auch noch so große Auswanderung nach Europa, sondern nur in Afrika selbst lösen lassen.

Wir haben den besten Entwicklungshilfeminister, den Deutschland je hatte – unseren Gerd Müller, der aus unserer Heimat kommt. Er hat klare Vorstellungen, wie den Menschen in ihrer Heimat geholfen werden kann, damit sie eine Zukunftsperspektive haben. Dies ist durch eine gezielte Förderung von Entwicklungshilfemaßnahmen möglich. Der Gedanke „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss im Mittelpunkt stehen.

Die Bürger in unserer Heimat haben beste Voraussetzungen für eine gute Zukunft. Aus dem ehemaligen reinen Agrarland ist eine starke Land- und Ernährungswirtschaft geworden und hat sich zu einem modernen Industriestandort entwickelt.

Der Landkreis Unterallgäu steht mit einer so geringen Arbeitslosenrate mit 2,2 % im März 2017 an der Spitze der Beschäftigungslage in der Bundesrepublik Deutschland.

Das preisbedingte Bruttoinlandsprodukt in Bayern erhöhte sich 2016 um 2,1 %, in der Land- und Forstwirtschaft um 2,6 % - in Deutschland um 1,9 %.

Seit 2010 wurden die Infrastrukturbedingungen in den letzten Jahren erheblich verbessert.

Bei uns in Schwaben wurde die A 96 mit der Fortführung im Osten von München, der A 94, am schnellsten verwirklicht. Wir waren die ersten mit einem vollzeitigen Lückenschluss durch die Autobahn. Davon hat auch Woringen profitiert. Autobahn ist ein immerwährendes Konjunkturprogramm.

Für die Bahn beginnt bei uns demnächst das Elektrizitätszeitalter. 2020 wird die Elektrifizierung abgeschlossen sein. Ich habe im Kabinett erreicht, dass die Bahnstrecke München-Lindau als einzige durch das Land Bayern mitfinanziert wird. Ich war zweimal in der Schweiz bei dem dortigen Verkehrsminister, ohne dass davon jemand etwas erfahren hat. Ohne die Vorfinanzierung der Schweiz und meinem massiven politischen Einsatz wäre die Elektrifizierung nicht möglich gewesen.

Der Allgäu-Airport wird weiter ausgebaut. 7,5 Millionen Euro von den jetzt zugesagten 12,5 Mio. wurden schon zu meiner Zeit im Landtag bereitgestellt, ohne dass hinreichende Pläne vorlagen. Davon profitieren unsere Urlauber, die in den Urlaub wegfliegen und die Fremdenverkehrsbetriebe mit Gästen, die von weiter her kommen.

Aus aktuellem Anlass zu den bereits erwähnten Äußerungen an SPD-Kanzlerkandidat Schulz erinnere ich daran, dass wir vor der Agenda 2010

5,3 Mio. Arbeitslose

12,5 % Jugendarbeitslosigkeit und

1,8 Mio. Langzeitarbeitslose hatten.

Damals war Deutschland der „kranke Mann Europas“. Heute sind wir das gesündeste Land in Europa.

Wer deshalb so wie Schulz eine Rolle rückwärts anstrebt, schadet den Arbeitnehmern und der Wirtschaft gleichermaßen und gefährdet die Zukunft unserer Wirtschaft, vor allem den Mittelstand und insbesondere unsere Arbeitnehmer

Ministerpräsident Horst Seehofer macht weiter – gute Entscheidung für Bayern. 68 % und damit über zwei Drittel der Menschen in Bayern haben bei Umfragen Seehofer attestiert, „ein guter Ministerpräsident zu sein“. In der Schlacht wechselt man nicht die Pferde.

Mit dem Bayerische Innenminister Joachim Herrmann ist ein guter Spitzenkandidat für die Bundestagswahl gefunden worden. Er wird es auch schaffen, nachdem Bayern das sicherste Bundesland ist, auch in der Bundesrepublik die innere Sicherheit weiter zu erhöhen. Die derzeitigen Umfragewerte sind, sofern man den Umfragewerten überhaupt trauen kann, positiv für die CSU.

Die GRÜNEN verlieren in Deutschland dramatisch an Zustimmung und liegen derzeit bei 7 %.

Die LINKS-Partei liegt bei 9 %,

die AfD ebenfalls bei 9 %,

die SPD bei 29 %

und die CSU bei 36 %

Es gibt also noch viel zu tun, auch die Nichtwähler zu animieren zur Wahl zu gehen. Gemeinsam mit den übrigen Wählern müssen wir noch massiv für die CSU werben. Die Argumente sind auf unserer Hand. Wir können die Wähler mit Taten überzeugen.

Martin Schulz hat außer einem Zurück in die Agenda 2010 wenig zu bieten. Er ist auch kein unverbrauchter neuer Mann. Er war 23 Jahre lang Mitglied des Europaparlaments, ohne dass er dabei als großer „Macher“ aufgefallen wäre.

Meine Bitte an Sie als CSU-Mitglieder und Freunde: Unterstützen Sie die CSU im Wahlkampf. Überzeugen Sie auch andere und vor allem auch Jugendliche davon, dass sie zur Bundestagswahl 2017 und zur Landtagswahl 2018 gehen und die beste Partei für unsere Heimat, die CSU wählen.